

journalistische Forderung, sondern um einen unerhörten Standes. Wie es heißt, hat Reichspräsident Lobe dem betreffenden Journalisten bereits die Berechtigung entzogen, fernhin im Reichstage zu erscheinen.

### Werft das Steuer herum!

Neue Rede des Landbundespräsidenten Hepp. Auf dem Kurhessischen Landbunde in Kassel sprach Präsident Hepp über die Notwendigkeit des vom Reichslandbunde geführten entscheidenden politischen Kampfes. Er führte u. a. aus: Wenn Deutschland wieder ein wachsendes Volk werden sollte, wenn wir verhindern wollen, daß der Osten des Reiches zur menschenleeren Wüste wird, dann müßte es heißen: Herum das Steuer der Politik! Wir ständen im Ringen um unsere außenpolitische Zukunft. Der neue Tributplan sei kein Weg zur Freiheit. Wie die Verteilung der Lasten im Innern Kampf aller gegen alle zwangsläufig auslöse, so müßte die Ausführung des Tributplanes zu schweren wirtschaftlichen Umwälzungen auf den Märkten und Produktionsstätten der Welt führen. Die Jahresleistungen des Young-Planes seien unausführbar. Ungeheuerlich sei das deutsch-polnische Liquidationsabkommen. Der Reichsaussenminister wisse wohl nichts von den Lebensbedürfnissen des deutschen Ostens, wisse nicht, daß er mit dem deutschen Verzicht den Polnischen Staat saniere? Das Landvolk im Westen stehe treu zu den Brüdern in der Ostmark.

### Youngplan und Regelung des beschlagnahmten deutschen Eigentums.

Berlin. Der „Koslanzeiger“ veröffentlicht einige Fragen, deren Beantwortung für die Urteilsbildung über den Tributplan von besonderer Wichtigkeit sind. U. a. fragt das Blatt, ob es zutreffend sei, daß der Youngplan für die Regelung der noch offenen Fragen hinsichtlich des beschlagnahmten deutschen Eigentums eine Frist von einem Jahre nach Inkrafttreten des Youngplanes setze. Für den Fall, daß diese Frage mit Ja beantwortet werden müßte, richtet das Blatt die weitere Frage an die Reichsregierung, weshalb sie dann entgegen dieser Bestimmung, die auf der ersten Haager Konferenz von allen Mächten angenommen worden sei, die Liquidationsverträge bereits vor Inkrafttreten des Youngplans angenommen habe.

### Das Versagen der Steuerkraft.

Eine weitere warnende Stimme. Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels hat in Berlin eine Entschlossenung gefaßt, in der es heißt, die Not der deutschen Wirtschaft sei so groß, daß die Steuerkraft schon jetzt versage. Eine Erhöhung der Steuern sei deshalb nicht nur untragbar, sondern zwecklos. Im Gegenteil sei

Steuerentlastung unerlässlich. Steuerentlastung sei möglich, wenn unter Verzicht auf parteipolitische Rücksichten der Wille vorhanden ist, unter allen Umständen bei der öffentlichen Hand an den vermeintbaren Aufgaben abzubauen und die Ausgaben auf das äußerste zu beschränken. Jedes Finanzprogramm sei unannehmbar, das nicht mindestens eine sofortige wesentliche Senkung der direkten Steuern enthält. Da diese Erwägungen in Übereinstimmung mit den Versprechungen, welche die gegenwärtige Reichsregierung noch in jüngster Zeit in feierlicher Form abgegeben habe, ständen, so dürfe sich die Reichsregierung von dieser Auffassung durch keinerlei Rücksichten abdrängen lassen.

### Das Problem der Arbeitslosenversicherung

Konferenz der Arbeitgebervertreter. Auf Einladung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände fand in Berlin eine Konferenz der Arbeitgebervertreter sämtlicher deutschen Arbeitssämter, Landesarbeitssämter sowie des Vorstands und des Verwaltungsrates der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unter Beteiligung von etwa 400 Vertretern aus allen Bezirken des Reiches statt. Die Aussprache fand unter dem Zeichen der Sorge um die Sanierung der Reichsanstalt. Übereinstimmend kam der Wille zum Ausdruck, in positiver Mitarbeit auf eine Ordnung des Haushalts der Reichsanstalt hinzuwirken, die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt in das erforderliche Gleichgewicht bringe. Die vereinigten Arbeitgebervertreter der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämterbehörden bekannten sich ausdrücklich zu dem Gedanken einer Selbstverwaltung auf Grundlage der Gleichberechtigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

### Zollfrieden gescheitert?

Handlungen verlangt, nicht Reden. Die Zollfriedenskonferenz in Genf, die jetzt infolge des Abbruchs der südböhmischen Agrarländer und Italiens nur wenig Aussicht auf Erfolg hat, verhandelt vorläufig unter dem ungewandelten Namen „Konferenz für gemeinsames wirtschaftliches Vorgehen“ noch weiter. Der Vertreter der holländischen Regierung, Colijn, trat in einer längeren Erklärung als scharfer Vorkämpfer des europäischen Zollfriedensgedankens hervor. Er unterstützte den Vorschlag des englischen Handelsministers, einen besonderen Ausschuss einzusetzen, der ein großzügiges Arbeitsprogramm ausarbeiten soll, auf dessen Grundlage dann die weiteren und endgültigen Verhandlungen zur Sicherung der Herabsetzung der Handelszölle geführt werden könnten. Er lehnte die bisherige Verhandlung des Problems in unfruchtbaren allgemeinen Ausreden ab. Zum Schluss wies Colijn darauf hin, daß die schwer wirtschaftliche Lage in vielen europäischen Staaten jetzt Handlungen verlange und daß man die Krise nicht durch weitere Reden besettigen könne. Die deutschen Reichsminister Schmidt und Dietrich werden am Montag nach Berlin zurückkehren. Die Führung der deutschen Abordnung auf der Zollfriedenskonferenz werden dann Finanzsekretär Dr. Trendelenburg und Minister außer Reich Dr. Pilsferding übernehmen.

### Schluß der Genfer allgemeinen Aussprache.

Freitag Ausschussberatung. Genf. Die allgemeine Aussprache in der Zollfriedenskonferenz ist Donnerstagabend abgeschlossen worden. Die Konferenz hat zwei Ausschüsse eingesetzt: 1. den Ausschuss für das Zollwaffenstillstandsabkommen (Vorsitzender: Colijn - Holland), 2. den Ausschuss zur Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms der künftigen diplomatischen Verhandlungen zur endgültigen Herabsetzung der Zolltarife und Beseitigung der Handelsbarrieren (Vorsitzender: Finanzminister Madgearu - Rumänien). Beide Ausschüsse treten am Freitagvormittag zusammen. Jede Abordnung ist in jedem Ausschuss durch einen Abgesandten vertreten.

### Chautemps nach Tardieu?

Frankreichs Kabinettsorgen. Nachdem die anderen Kandidaturen für die Nachfolgerschaft Tardiens als französischer Ministerpräsident mehr in den Hintergrund getreten sind, hat der Präsident Doumergue dem Vorsitzenden der sozialistisch-radikalen Kammerfraktion, Camille Chautemps, den Auftrag zur Bildung der neuen Regierung gegeben. Chautemps nahm den Auftrag an, bezieht sich aber die endgültige Entscheidung noch vor.

Die sozialistisch-radikale Kammerfraktion war die stärkste Partei in der Mehrheit, die den erst kürzlich nach dem Rücktritt Briands an die Spitze des Kabinetts gelangten Tardieu gestützt hat. Nach der üblichen parlamentarischen Ordnung waren also die Sozialradikalen berufen, den neuen Ministerpräsidenten zu stellen. Zwar



Chautemps, der das französische Kabinetts bilden soll.

bestand zunächst die Absicht, Tardieu selbst wieder zur Bildung der Regierung zu bestimmen. Er lehnte aber ab. Auch die anderen in Betracht gezogenen Kandidaten, so Briand, Herriot und Poincaré, zeigten keine Eignetheit, wieder die Geschäfte in diesem Augenblick zu übernehmen. Chautemps soll den festen Willen geäußert haben, nach Möglichkeit eine Regierung zu bilden, die im wesentlichen stärker nach links orientiert sein würde als das vorgegangene Kabinetts. Er ist 45 Jahre alt und hat Rechtswissenschaft studiert. Seit langer Zeit beschäftigt er sich mit der Politik, war zunächst Generalrat, dann Bürgermeister, Abgeordneter und unter der Regierung Herriot bereits Innenminister. Wahrscheinlich ist es, daß Chautemps versuchen wird, ein Konzentrationsministerium zu bilden aus sozialistischen Republikanern, Radikalen, Linksrepublikanern und Unabhängigen. Selbstverständlich würde es sich um eine Koalition handeln, die etwa nach deutschen Verhältnissen gemessen einen bürgerlich-demokratischen Standpunkt einnimmt und unter Umständen auch ohne reine Sozialdemokraten auszubilden versucht, obwohl sie die Grenzlinie nach rechts etwas stärker ziehen würde als die Regierung Tardieu, dessen persönliche Teilnahme an Chautemps' Regierung dieser jedenfalls zu versuchen geneigt ist.

### Die Trauerfeierlichkeiten für Köster

Belgrad. Im großen Saal der deutschen Gesandtschaft, wo die Leiche des deutschen Gesandten Dr. Köster am Mittwoch noch aufgebahrt war, fand am Donnerstagvormittag die Trauerfeierlichkeit statt, an der die Familie des Verstorbenen, das Personal der deutschen Gesandtschaft, die Mitglieder des diplomatischen Korps, die Mitglieder der südslawischen Regierung, Vertreter der künstlerischen und literarischen Kreise Belgrads und viele Mitglieder der deutschen Kolonie teilnahmen. Im Namen der südslawischen Regierung verabschiedete sich der stellvertretende Außenminister Kumandzi, im Namen des diplomatischen Korps der päpstliche Nuntius Fellegarineti, im Namen der Stadt Belgrad Bürgermeister Saotitsch, im Namen des PEN-Klubs Schriftsteller Petrovitsch und im Namen der Sozialdemokratie Jugoslawiens Dr. Popalowitz von dem Toten. An der Bahre war eine große Anzahl prächtiger Kränze niedergelegt worden, darunter ein Blumengebilde von Königin Alexandra. Nachdem der Sarg vom Personal der Gesandtschaft aus dem Traueraal getragen worden war, bewegte sich der Trauerzug, an dessen Spitze eine Abteilung Infanterie, eine Abteilung der königlichen Garde und eine Batterie marschierten, denen die Mitglieder der Familie, die Minister und alle in Belgrad anwesenden Generale — 32 an der Zahl — die höheren Ministerialbeamten und Mitglieder der deutschen Kolonie folgten, zum Bahnhof. Der Bürgermeister von Belgrad betonte in seiner Abschiedsrede von dem Toten, daß die Stadt ihm ein immerwährendes Andenken bewahren und eine Straße nach ihm benennen werde. Königin Alexandra hatte in den Zug, der die Leiche Kösters nach Deutschland bringt, einen Salonwagen zur Verfügung für die Familienmitglieder des Toten und die Mitglieder der deutschen Gesandtschaft einreichen lassen. Um 12.20 Uhr verließ der Zug mit der Leiche den Belgrader Bahnhof.

Das Belgrader Rathaus schwarz beflaggt.

Belgrad. Am Belgrader Rathaus weht anlässlich des Todes des deutschen Gesandten Dr. Köster die schwarze Fahne. Es geschieht zum erstenmal, daß die Stadt aus Anlaß des Todes eines fremden Gesandten diesen sichtbaren Ausdruck ihrer Trauer bekundet.

### Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen.

Eine „geschäftliche Auseinandersetzung“. Der österreichische Bundesminister Dr. Schürff erklärte in einem Vortrag, ein baldiges Zustandekommen des Handelsvertrages mit Deutschland sei aus wirtschaftlichen und nationalen Gründen sehr dringend zu wünschen, doch dürften die Schwierigkeiten dieser Verhandlungen nicht übersehen werden. Nebenaktionen Unberufener und unsachliche Sticheleien gegen die reichsdeutschen oder die österreichischen Unterhändler brächten Schaden, denn es werde dabei meist die politische und die wirtschaftliche Verschiedenheit zwischen Anschluß und Handelsvertrag übersehen. Der Handelsvertrag sei und bleibe unter dem Meistbegünstigungssystem eine geschäftliche Auseinandersetzung zwischen den beiderseitigen Wirtschaftsinteressen.

### Berlin und Warschau.

Gedanken zum deutsch-polnischen Abkommen.

Man mag zum Inhalt und zu dem politischen Ziel des deutsch-polnischen „Liquidationsabkommens“ stehen wie man will — aber über den Verhandlungen selbst und dem, was dabei herauskam, stand ein ganz unglücklicher Stern, schon mehr ein ganzer Sternenhimmel dieser Art. Und daher ist dieses Abkommen bald zum Drehpunkt schwerster Differenzen geworden, über den sich jetzt offiziell auch das Reichskabinetts und die beiden Ausschüsse des Reichstages für den Haushalt und das Ausland unterhalten. Gleichzeitig damit läßt die Warschauer Regierung offiziös verkünden, daß an irgendeiner Abänderung des Abkommens im Sinne eines „weiteren polnischen Entgegenkommens“ nicht zu denken ist.

Man weiß, daß es beim „Neuen Plan“ nur ein Entweder-Oder gibt; der Plan kann nur so angenommen werden, wie er vorliegt, oder nicht. Bei ihm sind irgendwelche Abänderungen nicht möglich. Wie ist's nun aber mit dem Polenabkommen? Etwas wird bei der jetzigen erregten Debatte über das Für und Wider dieses Liquidationsvertrages viel zu wenig beachtet, müßte aber stärker beachtet werden, weil der „Neue Plan“ ja nichts anderes als die Aus- und Durchführung des Young-Plans ist. Der Sachverständigenbericht stellt sich in seinem Abschnitt IX („Liquidierung der Vergangenheit“) auf die „Empfehlung“ ein, „die noch nicht erledigten Fragen hinsichtlich der Liquidationswerte innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Young-Plans durch Vereinbarungen zwischen den beteiligten Regierungen und Deutschland endgültig zu regeln“. Der Bericht der Pariser Sachverständigen, der „Young-Plan“, stellt sich diesem Wortlaut zufolge also auf den Standpunkt, daß derartige Liquidationsabkommen nicht integrierende Bestandteile des Plans sind, sondern erst nach dessen Inkrafttreten abgeschlossen werden sollen. Außerdem empfiehlt er den Regierungen, „vom Tage der Annahme dieses Vertrages“ ab von ihrem Liquidationsrecht nicht mehr Gebrauch zu machen. Der Tag der Annahme des Berichtes ist der 1. September 1929, auch Polen nahm ihn an. Neue Liquidationen sind demgemäß seitdem nicht mehr erfolgt. Nur veröffentlichte die polnische Regierung vor ein paar Tagen eine Liste über Grundbesitzentreibungen, die sich auf die Agrargesetzgebung Polens stütze und „merkwürdigerweise“ zu 75 Prozent die Namen deutscher Grundbesitzer in den ehemals preussischen Provinzen aufwies.

Die deutsche Regierung hat sich während der bisherigen Reichstagsdebatten dahin geäußert, zwar liege nicht eine formal-juristische Notwendigkeit für eine gleichzeitige Annahme des Neuen Plans und der Liquidationsabkommen, besonders des polnischen, vor — ein „Junctim“ —, wohl aber ein politischer Zwang dafür. Nun ist von der deutschen Regierung mit diesem Polenvertrag ein bisher viel Geheimnistuerei getrieben worden. Anfang Oktober abgeschlossen, erfuhr die deutsche Öffentlichkeit offiziell seinen Inhalt erst mit der Veröffentlichung des Neuen Plans mit seinen Anlagen, zu denen er gehört. Allerhand Gerüchte schwirrten über die Gründe herum, weswegen Dr. Curtius von der „politischen Junctim“ gesprochen habe: angeblicher französischer Druck in dem Sinne, daß man in Paris den Young-Plan nur ratifizieren werde, wenn man in Berlin auch das Polenabkommen angenommen habe; sogar von einer deutschen geheimen Zusage einer gleichzeitigen Ratifizierung des Young-Plans und des Polenabkommens flüsterte man. Beides ist energisch demeritert worden und so stellen sich auch mehrere Parteien, die für den Young-Plan, aber gegen die jegliche Form des Polenabkommens sind, auf den „formal-juristischen“ Standpunkt, daß wir, wie z. B. das Berliner Zentrumsorgan, Die Germania, ausführt, „durchaus freie Hand haben, ja oder nein zu sagen zu diesem Abkommen“ und eventuell Vertreter zu neuen Verhandlungen darüber zu entsenden. Und daß Polen auch bei Ablehnung des jetzigen Vertrages nicht das Recht habe, zu neuen Liquidationen zu schreiten, eben weil man in Warschau den Sachverständigenbericht akzeptiert hat. Allerdings ist das nur die eine Ansicht, während die polnische Regierung erklären läßt, durch jene Ablehnung wieder „freie Hand zu erhalten“.

Man braucht also, wie gesagt, auf den Inhalt dieses Vertrages demgemäß gar nicht erst einzugehen, um feststellen zu müssen, daß die mit ihm erzielten geistig-politischen Früchte fürs erste schwerlich reifen werden. Drohungen, politische Druckmittel an Stelle freier und freiwilliger, gegenseitig anerkannter Vereinbarungen sind schlechte Vorzeichen dafür, ob eine wirkliche „Vereinigung“ des deutsch-polnischen Verhältnisses sich erreichen läßt; ob aus diesem Abkommen eine positive Förderung der gegenseitigen Beziehungen hervorzuheben läßt. Dann wächst auch die Schwere der Entscheidung über das endgültige Ja oder Nein, vor allem angesichts des großen Entgegenkommens — eines von vielen als des großen Entgegenkommens — eines von vielen als allzu weitgehend geladeten —, das die Reichsregierung Polen gegenüber bewies. Sie hat wohl geglaubt, endlich unter die Differenzen der Zeit, seit dem Ansturm Polens auf deutsches Gebiet, also seit mehr als elf Jahren, ebenso einen energischen Schlüsselpunkt setzen zu können, wie gleichzeitig damit unter den schon fast fünf Jahren währenden Zollkrieg, um, wie Dr. Curtius im Reichstage einmal ausführte, durch dieses Abkommen auch die Lage des Deutsch-Polen-Verhältnisses unterer Stufen endlich zu erleichtern. Dies Ziel verkennen auch jene Regierungsparteien nicht, die als Gegner des jetzigen Abkommens auftreten; aber sie zweifeln daran, daß sich das Ziel auf diesem Wege erreichen läßt.

In Zukunft nur noch Leichenverbrennungen in Sowjetrußland.

Wie aus Moskau gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung der Sowjetunion, in Moskau ein neues Krematorium zu errichten und sämtliche Friedhöfe in Moskau zu schließen. Die Gottlosen-Verbände stellten den Antrag bei der Sowjetregierung, in Zukunft nur noch Verbrennungen zu gestatten.

### Wasserstand vom Februar

Datum	Moldau			Eger			Elbe			
	Budweis	Mohran	Jungbunzlau	Lain	Nimburg	Melmitz	Ausfig	Dresden	Bad Schandau	
20.		-54		-42	0	-70	-70	-38	-191	-181
21.		-54		-43	0	-79	-72	-43	-193	-182

Anmerkung: + bedeutet über 0, — bedeutet unter 0.